

Bericht

des Parlamentarischen Kontrollausschusses

**gemäß § 25 Absatz 7 Hamburgisches Verfassungsschutzgesetz
(HmbVerfSchG) über die Ausübung seiner Kontrolltätigkeit gemäß
§ 26 HmbVerfSchG**

(Berichtszeitraum: 1. Januar 2018 bis 31. Dezember 2018)

Vorsitz: **Dennis Gladiator**

Stellv.: **Sören Schumacher**

I. Vorbemerkung

Gemäß § 25 Absatz 7 HmbVerfSchG erstattet der Parlamentarische Kontrollausschuss der Bürgerschaft jährlich einen Bericht über seine Kontrolltätigkeit. Dabei sind die Belange der Geheimhaltung gemäß § 25 Absatz 7 Satz 5 HmbVerfSchG zu beachten. Der Senat ist seinen Pflichten gegenüber dem Ausschuss nachgekommen.

II. Zusammensetzung und Anzahl der Sitzungen

Die Zusammensetzung der Kommission stellte sich im Berichtsjahr wie folgt dar:

Der Abgeordnete Dennis Gladiator nimmt den Vorsitz wahr, als Stellvertreter fungiert der Abgeordnete Sören Schumacher. Des Weiteren gehören zunächst folgende Abgeordnete dem Gremium an: Carl-Edgar Jarchow, Prof. Dr. Jörn Kruse, Antje Möller, Christiane Schneider, Urs Tabbert, Juliane Timmermann und Ekkehard Wysocki.

Der Abgeordnete Prof. Dr. Jörn Kruse teilte der Präsidentin der Hamburgischen Bürgerschaft mit Schreiben vom 28. September 2018 mit, dass er sein Mandat im Kontrollausschuss zur parlamentarischen Kontrolle des Senats auf dem Gebiet des Verfassungsschutzes mit sofortiger Wirkung niederlege. Dadurch wurde eine Ersatzwahl erforderlich, für die aufgrund der Veränderung in der Zusammensetzung der Fraktionen ab 1. November 2018 gemäß § 8 Absatz 1 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft die CDU-Fraktion das Vorschlagsrecht erhielt. In der Plenarsitzung am 14. November 2018 wurde daraufhin der Abgeordnete Michael Westenberger als neues Mitglied in den Kontrollausschuss zur parlamentarischen Kontrolle des Senats auf dem Gebiet des Verfassungsschutzes gewählt.

Gemäß § 26 Absatz 2 HmbVerfSchG wird der Ausschuss in Abständen von höchstens drei Monaten durch den Senat umfassend über die allgemeine Tätigkeit des Landesamtes für Verfassungsschutz (LfV) und über Vorgänge von besonderer Bedeutung unterrichtet. Im Berichtszeitraum kam der Ausschuss zu vier Sitzungen zusammen.

III. Sitzung am 20. März 2018

Aktuelle Erkenntnisse zum Lagebild politischer Extremismus

Islamismus

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter gingen auf folgende Themen ein und erläuterten diese auf Nachfrage der Ausschussmitglieder näher:

- In Hamburg gefällte Urteile in Zusammenhang mit Jihadisten,
- Umgang mit traumatisierten Kindern, die aus Kriegsgebieten nach Hamburg kommen.

Rechtsextremismus

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter gaben Auskunft und beantworteten Fragen

- zu den sogenannten Montagsdemonstrationen,
- zur Gruppierung ResistanceD,
- zu Reichsbürgern und Selbstverwaltern.

Linksextremismus

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter berichteten über

- die Mobilisierung der autonomen Antifa gegen die Montagsdemonstrationen in den einschlägigen sozialen Medien

und beantworteten Fragen der Ausschussmitglieder.

Auslandbezogener Extremismus

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter gaben Informationen

- über das Konfliktfeld PKK und Türkei und über in diesem Zusammenhang in Hamburg durchgeführte Versammlungen infolge der türkischen Militäroffensive „Operation Olivenzweig“ am 20. Januar 2018 in Nordost-Syrien,
- über in Hamburg durchgeführte Versammlungen infolge der türkischen Intervention auf Afrin,
- über einen Farbensschlag auf ein SPD-Stadtteilbüro,
- über den Aufruf einer autonomen Gruppe zu einer militanten Kampagne zur Unterstützung von Afrin,
- über Brandstiftungen und Beschädigungen,
- über befürchtete Eskalationen im Falle eines Einmarschs der türkischen Armee in Afrin

und beantworteten Fragen der Ausschussmitglieder.

Verdacht auf Proliferation

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter berichteten und beantworteten Fragen der Abgeordneten.

Rechtsgrundlagen für ein Vorgehen gegen im öffentlichen Dienst beschäftigte Reichsbürger

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter erläuterten den Sachverhalt.

Bei Hamburger Behörden vorliegende Erkenntnisse über durch den IS radikalisierte Kinder

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter erläuterten den Sachverhalt und beantworteten Fragen der Ausschussmitglieder.

Vorstellung des Konzepts der amtsinternen Aus- und Fortbildung des LfV

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter berichteten und beantworteten Fragen der Abgeordneten.

IV. Sitzung am 19. Juni 2018

Aktuelle Erkenntnisse zum Lagebild politischer Extremismus

Islamismus

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter informierten über folgende Themen und erläuterten diese auf Nachfrage der Ausschussmitglieder näher:

- Ausreise deutscher Islamisten in Richtung Syrien oder Irak,
- Rückkehr von Deutschen oder von Menschen mit doppelter Staatsangehörigkeit aus Syrien nach Hamburg,
- Muslimbruderschaft,
- Schiitischer Islamismus,
- Al-Quds-Demonstration.

Zur Zahl der Salafistinnen und Salafisten ergänzten die Senatsvertreterinnen und -vertreter, zurzeit gebe es 784 Salafistinnen und Salafisten in Hamburg, von denen etwa 420 dem jihadistischen Flügel zuzurechnen seien.

Rechtsextremismus

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter gaben Informationen zu den Merkel-muss-weg-Demonstrationen und beantworteten Fragen der Ausschussmitglieder.

Linksextremismus

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter berichteten über

- Gegendemonstrationen zu den Merkel-muss-weg-Demonstrationen,
- die revolutionäre 1.-Mai-Demonstration,
- den Antifa-Kongress in der Roten Flora vom 6. bis zum 8. April 2018,
- die United-we-stand!-Antirepressions-Demonstration am 17. März 2018,
- Gefangenenunterstützungsdemonstrationen vor der JVA Billwerder,
- Vorbereitungstreffen der Interventionistischen Linken anlässlich des Jahrestages des G20-Gipfels,
- von Angehörigen der linksextremistischen Szene durchgeführte Sachbeschädigungen.

Sie beantworteten Nachfragen der Abgeordneten hierzu.

Auslandsbezogener Extremismus

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter erläuterten, vor dem Hintergrund der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen am 24. Juni 2018 ein Lagebild Türkei erstellt zu haben und berichteten Details hierzu.

Verdacht auf Proliferation

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter berichteten und beantworteten Fragen der Abgeordneten.

Nachbericht zu Schriftlichen Kleinen und Großen Anfragen

- Schriftliche Kleine Anfrage Drs. 21/13396 „Geschehnisse in Berlin: Vertreter des IZH Hamburg bei Al-Quds-Marsch (FDP)“.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter beantworteten die Fragen aus der Schriftlichen Kleinen Anfrage, die in öffentlicher Sitzung nicht beantwortet werden konnten, und gaben Antworten auf Nachfragen der Ausschussmitglieder.

Übermittlung personenbezogener Daten an ausländische öffentliche Stellen gemäß §§ 16, 26 Absatz 5 Nummer 7 HmbVerfSchG

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter trugen vor, dass es im Bereich Islamismus drei Übermittlungen gegeben habe.

Erwägung zu Anpassungen im Hamburgischen Verfassungsschutzgesetz zur Erfassung Minderjähriger

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter erläuterten die Hintergründe und beantworteten Fragen der Ausschussmitglieder.

Verfassungsschutz und Demokratie

Die Abgeordneten nahmen Bezug auf den Verfassungsschutzbericht des Jahres 2016, in dem Ausführungen zu den wesentlichen System- und Werteentscheidungen sowie zu Schutzmechanismen und zu der zentralen Rolle des Verfassungsschutzes enthalten seien. Hierzu stellten sie Nachfragen, die von den Senatsvertreterinnen und -vertretern beantwortet wurden.

Ende des NSU-Prozesses in München – Verfahren für offene Fragen mit Bezug zu Hamburg

Die Abgeordneten warfen die Frage nach einem geeigneten Prozedere auf, um sich mit dem NSU-Prozess und dessen Auswirkungen auf Hamburg auseinanderzusetzen. Nach einer Diskussion verständigten sie sich einvernehmlich darauf, dem Landesamt für Verfassungsschutz offene Fragen zuzuleiten.

Vereinbarkeit der Tätigkeit der stv. Leiterin des LfV mit parteipolitischen Spitzenämtern

Der AfD-Abgeordnete wies auf den in die Bürgerschaft eingebrachten Antrag aus der Drs. 21/13437 „Abberufung der LfV-Vizepräsidentin Domres – Antrag der AfD-Fraktion“ hin und regte eine Diskussion darüber an.

Die Abgeordneten der anderen Fraktionen merkten an, dass die Themenstellung aufgrund des öffentlichen Charakters einer Drucksache nicht im Kontrollausschuss zur parlamentarischen Kontrolle des Senats auf dem Gebiet des Verfassungsschutzes beraten werden müsse.

V. Sitzung am 19. Oktober 2018

Aktuelle Erkenntnisse zum Lagebild politischer Extremismus

Islamismus

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter gingen auf folgende Themen ein und erläuterten diese auf Nachfrage der Ausschussmitglieder näher:

- Al-Quds-Tag in Berlin,
- Furkan-Gemeinschaft,
- DITIB.

Zur Zahl der Salafistinnen und Salafisten gaben die Senatsvertreterinnen und -vertreter an, diese betrage derzeit 781. Sie ergänzten, dass 423 Jihadisten in Hamburg gezählt worden seien.

Linksextremismus

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter berichteten unter anderem

- über die Gegendemonstration zur Merkel-muss-weg-Demonstration am 5. September 2018,

- über den friedlichen Verlauf der Aktion anlässlich des Jahrestages des G20-Gipfels,
- über Sachbeschädigungen.

Rechtsextremismus

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter informierten über die Merkel-muss-weg-Demonstrationen und gingen auf Fragen der Ausschussmitglieder ein:

Nachbericht zu Schriftlichen Kleinen und Großen Anfragen

- Schriftliche Kleine Anfrage Drs. 21/13654 „(...) - Eine deutsche IS-Frau aus Hamburg (AfD)“,
- Schriftliche Kleine Anfrage Drs. 21/13739 „Dieselfahrverbote in Hamburg – Wie hat sich die Antiautofahrer-Schikane im Juni 2018 auf die Umwelt, die Mobilität und auf die Arbeit der Polizei ausgewirkt? (CDU)“,
- Schriftliche Kleine Anfrage 21/13747 „Neuer IZH-Chef Mohammad Hadi Mofateh – Ein Revolutionswächter wird Partner der Hansestadt Hamburg (AfD)“,
- Schriftliche Kleine Anfrage Drs. 21/14421 „Immobilien der extrem rechten Szene in Hamburg (Fraktion DIE LINKE)“.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter beantworteten die Fragen aus den Schriftlichen Kleinen Anfrage, die in öffentlicher Sitzung nicht beantwortet werden konnten, und gaben Antworten auf Nachfragen der Ausschussmitglieder.

Unterrichtung über Maßnahmen gemäß § 7 Absatz 4 und § 8 Absatz 10 HmbVerfSchG

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter teilten mit, dass ein IMSI-Catcher zum Einsatz gekommen sei.

Übermittlung personenbezogener Daten an ausländische öffentliche Stellen gemäß §§ 16, 26 Absatz 5 Nummer 7 HmbVerfSchG

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter legten den Ausschussmitgliedern eine entsprechende Auflistung vor.

Drs. 21/14000 Haushaltsplan-Entwurf 2019/2020 Mittelfristiger Finanzplan 2018–2022 und Haushaltsbeschluss-Entwurf 2019/2020 der Freien und Hansestadt Hamburg (Senatsantrag)

hier: Einzelplan 8.1

(Bereich Inneres – Landesamt für Verfassungsschutz)

Die Abgeordneten berieten über den genannten Bereich des Einzelplans 8.1. (siehe Drs. 21/15060 „Bericht des Parlamentarischen Kontrollausschusses über die Drucksache 21/14000: Haushaltsplan-Entwurf 2019/2020 - Mittelfristiger Finanzplan 2018–2022 und Haushaltsbeschluss-Entwurf 2019/2020 der Freien und Hansestadt Hamburg (Senatsantrag), hier: Einzelplan 8.1 (Bereich Inneres – Landesamt für Verfassungsschutz)“)

Bericht über die Konferenz der Parlamentarischen Kontrollgremien des Bundes und der Länder am 19. Juni 2017 in Berlin

Der Vorsitzende verwies auf die schriftliche Zusammenfassung, die den Ausschussmitgliedern in der Sitzung am 22. Juni 2017 ausgehändigt worden war.

Ende des NSU-Prozesses in München – offene Fragen mit Bezug zu Hamburg

Nach der Befassung mit offenen Fragestellungen dankten die Abgeordneten dem Landesamt für Verfassungsschutz für die zügige Beantwortung der im Vorfeld der Sitzung zugeleiteten Fragen.

Eingaben

Die Mitglieder des Gremiums beschäftigten sich intensiv mit zwei eingegangenen Eingaben.

VI. Sitzung am 6. Dezember 2018

Aktuelle Erkenntnisse zum Lagebild politischer Extremismus

Islamismus

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter informierten ausführlich über einen exemplarischen Einzelfall und beantworteten Fragen der Abgeordneten.

Des Weiteren gingen sie auf folgende Themen ein:

- Tawheed-Moschee,
- Realität Islam,
- Furkan-Gemeinschaft.

Linksextremismus

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter berichteten über

- Roter Aufbau Hamburg,
- Interventionistische Linke Hamburg,
- Ende Gelände,
- Antifaschistisches Halloween,
- Antifaschistischer Mittwoch,
- Protest gegen den G20-Gipfel in Buenos Aires,
- Sachbeschädigungen

und gingen auf Nachfragen der Abgeordneten ein.

Rechtsextremismus

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter beleuchteten unter anderem folgende Themen und gingen auf Fragen der Ausschussmitglieder ein:

- Merkel-muss-weg-Kundgebungen,
- Identitäre Bewegung,
- Rechtes Untergrundnetzwerk in der Bundeswehr.

Übermittlung personenbezogener Daten an ausländische öffentliche Stellen gemäß §§ 16, 26 Absatz 5 Nummer 7 HmbVerfSchG

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter legten den Abgeordneten eine entsprechende Auflistung vor.

Eingaben

Die Abgeordneten befassten sich zum wiederholten Male mit einer Eingabe.

VII. Berichte und Mitteilungen gemäß § 26 HmbVerfSchG hier: § 26 Absatz 5 Nummer 9 zweiter Halbsatz HmbVerfSchG

Gemäß § 26 Absatz 5 Nummer 9 zweiter Halbsatz HmbVerfSchG wurde der Ausschuss über die im Jahr 2017 durchgeführten Erforderlichkeitsprüfungen zur weiteren Speicherung gemäß § 9 Absatz 2 Satz 2 HmbVerfSchG unterrichtet. Bei diesen Prüfungen werden alle Personendatensätze des Landesamtes für Verfassungsschutz darauf überprüft, ob ihre Weiterspeicherung erforderlich ist. Die Prüfungen werden bei jedem Datensatz gemäß § 9 Absatz 2 Satz 2 HmbVerfSchG mindestens alle vier Jahre durchgeführt, soweit nicht zwischenzeitlich eine Einzelfallprüfung durchgeführt wurde oder das Landesamt intern kürzere Fristen für einzelne Datensätze vergeben hat. Die regelhaften Erforderlichkeitsprüfungen und die laufenden Einzelfallprüfungen haben zur Löschung von 362 (Vorjahr: 429) personenbezogenen Datensätzen geführt. Am 31.12.2017 umfasste der Gesamtbestand der personenbezogenen Datensätze

des Landesamtes im NADIS 53 273 (Vorjahr: 58 326) Datensätze, davon 47 067 = 88,4 Prozent (Vorjahr: 52 670) im Zusammenhang mit Sicherheits- und Zuverlässigkeitsüberprüfungen. Im Bereich Sicherheits- und Zuverlässigkeitsüberprüfungen wurden 11 795 (Vorjahr: 2 642) personenbezogene Datensätze gelöscht. Die große Zahl der Speicherungen in diesem Bereich hat ihre Ursache in den Zuverlässigkeitsüberprüfungen, die nach § 7 Absatz 9 Satz 3 Luftsicherheitsgesetz ab dem 22.01.2007 im NADIS gespeichert werden. NADIS ist die Abkürzung für die Datenbank „Nachrichtendienstliches Informationssystem“ gemäß § 6 Bundesverfassungsschutzgesetz.

VIII. Ausschussempfehlung

Der Parlamentarische Kontrollausschuss empfiehlt der Bürgerschaft, den vorstehenden Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Dennis Gladiator, Vorsitz
Sören Schumacher, stellvertretender Vorsitz